

Antrag

46. Vollversammlung Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 25.03.2023

Initiator*innen: Vorstand

Titel: Jugendarbeit und Krisen

Antragstext

1 Die Gesellschaft erfährt gerade eine Zeit, die von diversen Krisen geprägt ist.
2 Aktuell treten dabei besonders die Corona-Pandemie, die Energiekrise und der
3 anhaltende Fachkräftemangel hervor, aber auch fortwährende und in ihren
4 Auswirkungen schwer zu greifende Krisen (z.B. Klimakrise, demographischer Wandel
5 oder Radikalisierung von demokratischer Debattenkultur) beeinflussen die
6 Lebenssituation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen stark. Die
7 Corona-Pandemie hat dabei bereits deutlich aufgezeigt, wie schnell es passieren
8 kann, dass die Interessen junger Menschen hinter anderen zurückgestellt werden.
9 Das Vorgehen in der Energiekrise und die Bekämpfung der Klimakrise verdeutlichen
10 diese Erkenntnis zudem. *Unter den Gesichtspunkten von immer wieder auftretenden*
11 *gesellschaftlichen Krisen, die sowohl punktuell als auch anhaltend verlaufen,*
12 *fordern wir als Landesjugendring eine stärkere Berücksichtigung der Bedürfnisse*
13 *von jungen Menschen.*

14 Durch die Dauerpräsenz von Krisen verspüren insbesondere Jugendliche eine
15 erhöhte Belastung. Sie fühlen sich in ihren Handlungsrahmen machtlos und sind
16 mit Zukunftsängsten konfrontiert. Um gesund mit dieser Belastung umgehen zu
17 können, sind junge Menschen mehr denn je auf ein soziales Umfeld angewiesen,
18 welches ihnen Rückhalt und Gemeinschaft gibt. In diesem Umfeld können sie sich
19 entwickeln und ihre Persönlichkeit entfalten. Die mit Kindern, Jugendlichen und
20 jungen Erwachsenen ist dabei ein unverzichtbarer Bestandteil des sozialen
21 Umfeldes. Sie unterstützt junge Menschen bei ihrer Verselbstständigung und
22 Selbstpositionierung, aber bietet auch Qualifizierung für die gesellschaftlichen

Aufgaben, denen sie gerecht werden sollen. Eine Stärkung der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ist deshalb nötig. *Diese muss agiler auf die Herausforderungen der Krisen reagieren können, um ihre Angebote aufrecht zu erhalten und in der Lebensphase Jugend unterstützend aktiv zu sein.*

Förderung der Jugendarbeit stärken

Die anstehende Novellierung des Jugendförderungsgesetzes bietet für junge Menschen, für die Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und insbesondere für die Jugendverbandsarbeit eine große Chance. Mit den Erfahrungen der vergangenen Krisen lässt sich nun eine Förderstruktur verfassen, die den Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft gewachsen ist. Eine Verschlechterung der Rahmenbedingungen für die Jugendverbandsarbeit wäre in diesem Zuge ebenso unangebracht wie eine Aufweichung des Subsidiaritätsprinzips. *Dies bedeutet in erster Linie, dass für die Jugendverbände in Niedersachsen eine Förderung entsteht, welche nachhaltig Strukturen sichert und Maßnahmen planbar macht. Zudem dürfen im Sinne der bisherigen Förderstruktur die kommunalen Ebenen nicht von ihrer Verantwortung befreit werden und eine Landesförderung die kommunale Förderung ersetzen.*

Derzeit stellen Bildungsmaßnahmen die Grundlage für eine jugendverbandliche Förderung durch das Land Niedersachsen dar. Der Ausfall vieler Maßnahmen durch die Corona-bedingten Einschränkungen hat aufgezeigt, dass Faktoren außerhalb des Einflussrahmens der Akteure in der Jugendarbeit tief in diese Grundlage eingreifen können. Die ergriffenen Maßnahmen seitens der Jugendverbände und der Landesverwaltung haben allerdings aufgezeigt, dass, durch entschlossenes und abgestimmtes Handeln, angemessen reagiert werden kann. In eine Novelle des Jugendförderungsgesetzes sollten diese Erkenntnisse einfließen. *Daher sind neben den neu förderfähigen digitalen Möglichkeiten auch die Flexibilisierung der verfügbaren Zuschüsse aufzunehmen. Der Landesjugendring fordert deshalb eine Grundausstattung für die Jugendverbände, welche sich aus den durchgeführten Bildungsmaßnahmen ergibt. Diese Art der Förderung würde durch die Auflösung der Trennung zwischen Sach- und Personalkosten an Flexibilität gewinnen. Nachhaltig planbarer Personaleinsatz und kurzfristiges Umverteilen von Zuschüssen ermöglichen Handlungsfähigkeit in Krisenzeiten. Der bestehende Fachkräftemangel sowie steigende Preise einer Energiekrise sind dann ebenso agiler zu bewältigen wie Schwerpunktthemensetzung für eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den Krisen der Zeit.*

Freizeitmaßnahmen – aktiv und aktivierend

Ein großer Kontaktpunkt junger Menschen mit der Jugendverbandsarbeit ist die Teilnahme an Freizeit- und Erholungsaktivitäten. Neben dem Aufsuchen von

Jugendräumen und dem Einbringen in Gruppenstunden sind Freizeitmaßnahmen, wie Zeltlager oder Wochenendfahrten, hier die bedeutendsten Angebote der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Für die Jugendverbandsarbeit, aber auch die kommunale Jugendpflege, stellen Freizeitmaßnahmen nicht nur ein soziales Umfeld, welches für junge Menschen geschaffen wird, dar, sie sind auch das wichtigste Mittel, um Jugendliche an die eigenen Strukturen stärker zu binden und sie selbst als spätere Jugendgruppenleiter*innen zu gewinnen. Der coronabedingte Ausfall vieler solcher Angebote in den vorangegangenen Jahren hat dies eindrücklich aufgezeigt. Durch die fehlende Teilnahme von Jugendlichen an Freizeiten entfielen Begegnungsräume und damit einhergehende Erfahrungen blieben schlichtweg aus. Fehlende Begegnungsräume wirken sich negativ auf das soziale Umfeld aus und sind besonders belastend für junge Menschen. Für eine gesunde Entwicklung sind sie auf die Einflüsse ihres Umfelds angewiesen. Diese jungen Menschen konnten aber auch entsprechend weniger gut an die Strukturen der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen angebunden werden und somit nur bedingt als Jugendgruppenleiter*innen gewonnen werden. Besonders sichtbar wird dieser Effekt durch die Abnahme von Juleica-Inhaber*innen innerhalb der Jugendverbände und die Zunahme psychischer Erkrankungen bei Jugendlichen.

Ohne geschulte Jugendgruppenleiter*innen sind Angebote der Jugendarbeit überall gefährdet. Hinzukommen, krisenbedingt, erhöhte Planungsrisiken und steigende Kosten der Aktivitäten. Dies reduziert zusätzlich die nachhaltige und vielfältige Angebotslandschaft in der Arbeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. *Um dieser Entwicklung entschlossen entgegenzuwirken, fordern wir als Landesjugendring eine zusätzliche Förderung von Freizeit- und Erholungsmaßnahmen. Allein die Mitgliedsverbände im Landesjugendring benötigen für 2023 einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 1,5 Millionen Euro, um die Kosten nicht durch unzumutbare Teilnahmebeiträge an die Familien weiterreichen zu müssen.*

Beteiligung junger Menschen

Damit bei der Bewältigung anhaltender und zukünftiger Krisen nicht erneut die Interessen junger Menschen hintenanstehen müssen, ist eine zeitgemäße Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen erforderlich. Diese Beteiligung kann nur funktionieren, wenn sie sich an den Bedürfnissen der Zielgruppen orientiert und entsprechende Qualitätsstandards für die Beteiligung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen berücksichtigt. *Eine niedersächsische Strategie für Jugendbeteiligung ist notwendig, um jungen Menschen nachhaltig und gelingend Gehör auf Landesebene zu verschaffen.*

Begründung

Jugendarbeit stellt eine wichtige Stütze in der Bewältigung von Krisen dar. Die zunehmende Gegenwart von Krisen im Alltag junger Menschen erfordert eine starke Jugendarbeit, die auch selbst krisenfest aufgestellt ist. Durch gute Ausgangsbedingungen für die niedersächsische Jugendverbandsarbeit werden wir auch zukünftig diese Stütze in der Lebensphase Jugend sein können.

Antrag

46. Vollversammlung Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 25.03.2023

Initiator*innen: Vorstand

Titel: Einrichtung einer Arbeitsgruppe
„Diversitätssensible Jugendarbeit“ im
Landesjugendring

Antragstext

Der Landesjugendring setzt eine AG „Diversitätssensible Jugendarbeit“ ein. Die Aufgaben der Arbeitsgruppe sind:

- Auseinandersetzung mit strukturellen Hürden für MJS0en, VJMs und VyBIPoC in der Jugendverbandsarbeit,
- Sammlung und Weiterentwicklung von Konzepten zu inklusiver Jugendarbeit,
- Sammlung und Weiterentwicklung von Konzepten zu Gender und sexueller Vielfalt,
- Sammlung und Weiterentwicklung von Konzepten zur Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
- Austausch der Verbände untereinander,
- Beratung entsprechender Gremien im LJR zu diesem Themenkomplex.

12 Die AGs „Gender & Sexuelle Vielfalt“, „Gegen Gruppenbezogene
13 Menschenfeindlichkeit“, „JA und (junge) Geflüchtete“ sowie „Zusammen auf den
14 Weg“ werden aufgelöst.

Begründung

Derzeit sind im Landesjugendring mehrere Arbeitsgruppen eingerichtet, deren inhaltliche Ausrichtung sich mit Themen diversitätssensibler Jugendarbeit befassen. Die Arbeit dieser AGs hat wichtige Impulse hervorgebracht und ermöglichte eine intensive Befassung mit den jeweiligen Themen. In den letzten Jahren wurde die Arbeit in diesen AGs beendet oder nicht weiterverfolgt. Durch die Neubesetzung der neXTkultur-Stelle besteht eine Chance, die bisher behandelten Themen der AGs aufzugreifen und in einer neuen AG gebündelt bearbeiten zu können.

*Der Landesjugendring mit seinen Mitgliedsverbänden möchte offen für alle Jugendlichen in Niedersachsen sein und damit der existierenden gesellschaftlichen Vielfalt gerecht werden und Teilhabe ermöglichen. Um diesen Anspruch zu erreichen, möchten wir uns auf den Weg einer diversitätssensiblen Öffnung machen. Das bedeutet einen Prozess, in dem wir uns kritisch mit unseren Strukturen auseinandersetzen, uns weiterbilden und uns und unsere Strukturen diskriminierungssensibel weiterentwickeln. Gleichzeitig sollen neue Akteur*innen der Jugendverbandsarbeit in ihrem Strukturaufbau unterstützt werden.*

Die AG diversitätssensible Jugendarbeit soll dazu einen Beitrag leisten. Die AG soll Aktivitäten zur diversitätsorientierten Öffnung in den Mitgliedsverbänden des LJR bündeln und einen Raum für Austausch und Input bieten, aber auch erarbeiten, wie bestehende Verbände neue Verbände im Strukturaufbau unterstützen können. Zudem soll die AG weitere Schritte hin zu einer diversitätssensiblen Öffnung des Landesjugendrings erarbeiten.

Antrag

46. Vollversammlung Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 25.03.2023

Initiator*innen: JANUN

Titel: **Verbaut nicht den Weg in die klimaneutrale Zukunft**

Antragstext

1 Der Landesjugendring Niedersachsen und dessen Mitgliedsverbände fordern einen
2 Ausstieg aus Investitionen in fossile Infrastrukturen in Niedersachsen. Das
3 betrifft vorwiegend LNG Terminals, Autobahnen und gas-basierte Heizungen. Wir
4 jungen Menschen sehen durch die langen Abhängigkeiten von dieser Infrastruktur
5 die notwendige Transformation in eine nachhaltige Zukunft, in der wir leben
6 wollen, gefährdet. Die oft genannte „wasserstoff readiness“ der LNG Terminals
7 sehen wir insbesondere kritisch, da für den Umbau zur wünschenswerten
8 Wasserstoff Infrastruktur 50% der LNG-Investition benötigt würden. Stattdessen
9 bedarf es aus unserer Sicht für eine gute und sozialverträgliche Zukunft,
10 Investitionen in den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien, sowie vor allem neue
11 Stromspeicher. Ebenso braucht es sozial gerechte Förderungen für die Errichtung
12 von Wärmenetzen, Gebäudesanierungen, Elektrifizierung des Wärmebedarfes und
13 einen massiven Ausbau des ÖPNV. Der Umstieg muss im Sinne der Arbeitnehmer*innen
14 sozial gerecht geschehen.

Begründung

Wir jungen Menschen sehen mit zunehmender Besorgnis auf die weiteren Investitionen in fossile Infrastruktur in Niedersachsen. Die aktuell massiv steigenden Investitionen in LNG und neue Straßenbauprojekte gefährden die notwendige Transformation in eine Zukunft, in der wir leben wollen.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit und erfordert entschlossenes Handeln, sowie langfristige Strategien. Investitionen in diese Infrastruktur führt uns in zusätzliche Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen, die für Jahrzehnte zementiert werden. In Niedersachsen sind das vor allem Ausbau des Gas- und des Straßennetzes.

In Wilhelmshaven und Stade werden in den nächsten Jahren 2 von 4 deutschen stationären Flüssiggas (LNG) Terminals gebaut. LNG wird als notwendiger Energieträger für die Energiewende genannt, da durch eine saubere Verbrennung weniger klimaschädliches CO₂ frei werde. Allerdings ist bei der Förderung austretendes Methan, so wie benötigte Energie für die Verflüssigung ($\frac{1}{4}$ des LNG Energiegehaltes) nicht einberechnet, wodurch LNG ähnliche Emissionswerte wie Steinkohle erreicht.

Ein weiteres Argument für LNG Terminals solle die Nutzbarkeit für Wasserstoff sein. Doch sind so einfach wie oft dargestellt sind die Terminal nicht „wasserstoff ready“. Eine Umstellung auf Wasserstoff oder Ammoniak benötigt umfangreiche Anpassungen – die Anlagen können nicht von verschiedenen Energieträgern flexibel genutzt werden. Außerdem ist ein späteres Umrüsten der LNG-Infrastruktur sehr kostspielig und mit großen Unsicherheiten behaftet. Ungefähr 50% der ursprünglichen Investitionskosten würden laut Fraunhofer Institut nochmal für die Umrüstung gebraucht werden.

Eine ganz andere fossile Infrastruktur in die immer noch sehr viele Steuergelder fließen sind Aus- und Neubauprojekte von Autobahnen und Landstraßen. Obwohl der motorisierte Individualverkehr und vor allem der Güterverkehr auf Straßen reduziert werden muss, werden Straßen verbreitert, oder sogar neu geplant und gebaut. In einem so großen Land wie Niedersachsen ist die Verkehrswende eine besonders große Herausforderung. Das möchten wir dazu genutzt wissen, schnell bekannte Lösungen umzusetzen, anstatt auf zukünftige Technologien, wie Elektro-LKW, zu hoffen.

Als Maßnahmen dagegen kann Deutschland nach Studien von dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Artelys und Agora Energiewende hingegen auch ohne den Bau von eigenen Terminals die Energieversorgung gewährleisten. Hierfür braucht es stattdessen erhebliche Energieeinsparungen, eine bessere innereuropäische Gasverteilung und einen verstärkten Ausbau von Erneuerbaren Energien, gemeinsam mit verstärktem Einbau von Wärmepumpen. Investitionen in Straßen können durch einfache Weichenstellungen in Schienennetz und ÖPNV umgeleitet werden.

Wir als Landesjugendring sehen unsere Aufgabe aber nicht nur darin, Politik auf hinderliche Maßnahmen hinzuweisen sondern vielmehr an der Ausgestaltung eines solidarischen Weges aus den fossilen Energieträgern mitzuwirken und dafür zu werben. Diesen Antrag sehen wir als Aufschlag und Einigungsgrundlage.

Antrag

46. Vollversammlung Landesjugendring Niedersachsen e.V. am 25.03.2023

Initiator*innen: JDAV Nord und JANUN e.V.

Titel: Solidarisierung mit statt Kriminalisierung von
Klimaaktivist*innen

Antragstext

1 Wir sehen aktuell landesweit und weltweit Proteste für eine Einhaltung der
2 eigentlich längst bestehenden Klimaschutzziele, jedoch fehlt bisher ein
3 verantwortungsvoller Umgang mit den Forderungen der Klimaaktivist*innen, welcher
4 zu einer gesellschaftlichen Kriminalisierung von Klimaaktivist*innen führt und
5 von der Dringlichkeit der grundlegenden Forderungen ablenkt.

6 Wir, der Landesjugendring Niedersachsen e.V. und seine Mitgliedsverbände,
7 fordern eine Fokussierung auf die inhaltlichen Forderungen der
8 Klimaaktivist*innen, statt den Diskurs über Methoden in den Vordergrund zu
9 stellen.

10 Wir stehen solidarisch hinter den Klimaaktivist*innen und setzen uns für ihre
11 Forderungen ein. Dazu zählen etwa Klimaneutralität bis 2030, die Verkehrswende,
12 insbesondere hin zu kostengünstigem ÖPNV und Fahrradmobilität, ein echter
13 Ausstieg aus fossilen Energien und eine klimafreundliche Agrar- und
14 Ernährungspolitik. Diese Schritte sind notwendig, um die Klimakrise abzumildern.
15 Die Zukunft junger Menschen muss geschützt und sie endlich ernst genommen
16 werden. Es ist längst überfällig, dass die Politik auf die Stimmen der
17 Wissenschaft hört, die seit Jahren appellieren, zu handeln. Diesen
18 fachkompetenten Stimmen muss Gehör geschenkt werden, statt Klimaaktivist*innen,
19 deren Forderungen eindeutig wissenschaftlich gestützt sind, zu kriminalisieren.

20 Wir fordern die Landesregierung auf, ihren klimapolitischen Verpflichtungen,
21 somit Verpflichtungen gegenüber jungen Menschen nachzukommen und dementsprechend
22 umgehend wirksame Maßnahmen zu ergreifen.

Begründung

Die Proteste in Lützerath und der Letzten Generation zeigen eindeutig: Klimaaktivist*innen werden gesellschaftlich kriminsalisiert und manche Politiker*innen stellen Aktivist*innen mit "Terroristen" gleich. Wissenschaftler*innen haben den menschengemachten Klimawandel und somit die Klimakrise vorhergesagt, bestätigen diese und untermauern die Dringlichkeit Maßnahmen zu ergreifen bereits seit 40 Jahren. Die Folgen der Klimakatastrophe machen jungen Menschen Angst, bedrohen ihre Leben in der Zukunft und Gegenwart und erfordern sofortiges gesellschaftliches, sowie politisches Handeln. Die Einhaltung des Pariser Klimaschutzabkommens wird bereits seit Jahren, insbesondere von jungen Menschen, gefordert. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2021 unterstützt diese Forderung. Die Klimaschutzziele müssen eingehalten werden, um junge und kommende Generationen zu schützen.

Unterstützer*innen

Barbara Sütterlin (i.A.) (BDP)